



Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:
04. Dezember 2017

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Rathauspitze		<input type="checkbox"/> Umwelt	
<input type="checkbox"/> Haushalt und Finanzen		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	13.12.2017
<input type="checkbox"/> Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	20.12.2017
<input type="checkbox"/> Wirtschaft, Bau und Verkehr		<input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
<input type="checkbox"/> Bildung, Schule, Sport u. Kultur		<input type="checkbox"/> JHA	
<input type="checkbox"/> Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Für eine atomwaffenfreie Welt

- damit unsere Kinder und Enkel eine friedliche Zukunft haben!

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus und der Oberbürgermeister unterstützen die Resolution „Für eine atomwaffenfreie Welt – damit unsere Kinder und Enkel eine friedliche Zukunft haben“ an den Deutschen Städtetag und schließen sich den beiden Kernforderungen gegenüber der Bundesregierung an:

1. Deutschland muss sich der besonderen Verantwortung für den Frieden in der Welt bewusst sein. Deshalb muss sich die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag vom 7. Juli 2017 bei den Vereinten Nationen anschließen und somit die Initiative für eine atomwaffenfreie Welt unterstützen.
2. Die Bundesregierung soll ihr Vorhaben aus dem Jahr 2009 realisieren und mit den Bündnispartnern der NATO Maßnahmen zum baldigen Abzug der amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden vereinbaren.
3. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, die Resolution zu unterzeichnen und an den Deutschen Städtetag zu senden.

André Kaun

Beschlussniederschrift:

Gremium: HA StVV

einstimmig mit Stimmenmehrheit

laut Antragsvorschlag

mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**

Begründung:

Die aktuellen Spannungen zwischen den USA und Nordkorea beunruhigen viele Bürgerinnen und Bürger. Sie machen deutlich, wie akut die Gefahr eines atomaren Konflikts ist.

Dem stellt sich die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (Ican) entgegen. Für ihr Engagement hat sie in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhalten.

Im November 2016 starteten Verhandlungen für ein weltweites Verbot von Atomwaffen. Am 7. Juli 2017 haben 122 Staaten bei den Vereinten Nationen in New York diesen Atomwaffenverbotsvertrag befürwortet. Unter anderem die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland lehnen den Vertrag ab.

Dabei gab es auch in der Bundespolitik bereits Initiativen für eine Abkehr von der Politik der nuklearen Teilhabe. So wurde im Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages der Abzug der US-Atomwaffen in Deutschland vereinbart. Ein entsprechender Antrag wurde am 26. März 2010 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Entsprechende Konsequenzen blieben jedoch bis heute aus.

Die aktuellen Kriege dieser Welt zeigen auch die unmittelbaren Konsequenzen für die Kommunalpolitik auf. Während Fluchtursachen weiterhin nicht wirksam bekämpft werden, spüren die Kommunen die Folgen daraus unmittelbar. Die menschenwürdige Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sind eine fortlaufende Herausforderung. Flüchtlinge sind die Botschafter der Kriege dieser Welt.

Auch im Allgemeinen ist ein friedliches Umfeld Grundvoraussetzung für eine prosperierende Kommune. Alle Errungenschaften unserer Stadt, ob Infrastruktur, soziale Strukturen oder wirtschaftlicher Wohlstand, werden in einem Krieg hinfällig und eine atomare militärische Auseinandersetzung in der heutigen Zeit hätte apokalyptische Auswirkungen.

Es ist also im vitalen Interesse unserer Stadt, sich für eine Außenpolitik einzusetzen, die alle möglichen Maßnahmen ergreift und Beiträge leistet, um die atomare Abrüstung in der Welt voranzutreiben.

Diese Positionen bringt eine gemeinsame Resolution zahlreicher Kommunen zum Ausdruck, die den Deutschen Städtetag bzw. den Deutschen Landkreistag dazu auffordert, sich gegenüber der Bundesregierung für atomare Abrüstung einzusetzen. Bisher haben sich u. a. der Kreistag Potsdam-Mittelmark sowie die Stadtverordnetenversammlungen von Potsdam, Brandenburg/Havel, Werder/Havel und Henningsdorf der Resolution angeschlossen.

Ein gemeinsames Vorgehen der kommunalen Familie wäre ein starkes Signal für mehr Frieden.

(Anlage: Wortlaut der Resolution)